

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postkonton Dresden 2640



Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff

82. Jahrgang. Nr. 115.

Dienstag / Mittwoch 2. / 3. Oktober 1923

## Umtriebe der Sonderbündler am Rhein!

Düsseldorf, 30. Sept. Heute nachmittag kam es zu Zusammenstößen, als schwerbewaffnete Sonderbündlertruppen die Polizei angriffen. Es gelang der Polizei, die Sonderbündler auseinanderzutreiben. Als die Franzosen auf Verlangen der Sonderbündler mit Kavallerie und Panzerautos angriffen, wurde die

Minuten den Hindenburg-Wall. Von der Bevölkerung war an diesen Vorgängen niemand beteiligt.

Hamborn, 30. Sept. Hier endete eine Separatistenversammlung mit einer Niederlage der Sonderbündler. Vor dem Versammlungsort kam es dabei zu Menschenansammlungen. Von belgischen Soldaten wurde in die Menge geschossen, so daß eine Anzahl Verwundete und 3 bis 4 Tote auf dem Platze blieben.

### Polizei umzingelt und entwaffnet.

Die Sonderbündler überfielen die entwaffneten Polizeibeamten, mißhandelten sie und schossen einen Polizisten nieder. Die Reste der Schutzpolizei im Polizeigebäude wurden von den Franzosen ebenfalls entwaffnet und von den Sonderbündlern unmenslich mißhandelt. Die genaue Zahl der Toten und Verwundeten ließ sich bisher nicht feststellen. Vier Polizisten und zwölf Sonderbündler sollen getötet sein. Eine große Zahl Schwerver- und Leichtverwundeter wurde in die Krankenhäuser gebracht. Die Franzosen verhafteten den Polizeibeamten. Starke französische Patrouillen durchzogen die Stadt.

### Der Ausdruck der Ablehnung

Die Herausforderung der Sonderbündler veranlaßte die Gewerkschaften, Beamten, politischen Parteien usw. zu einer Entschliebung, in der es heißt:

„Die rheinische Republik würde nur ein Vasallenstaat für die Besetzungsmächte sein. Wir fordern für Sonntag, den 30. September auf, die Rheinlandbündler mit ihren Bestrebungen allein zu lassen. Da diese von auswärts gekommenen Elemente alle Straßenpassanten als Rheinlandbündler reklamieren und außerdem bisher stets provokatorisch auftraten, fordern wir die Düsseldorfser Bevölkerung auf, am morgigen Sonntag die Straßen ab 1 Uhr mittags zu meiden, um nicht in den Verdacht zu kommen, Rheinlandbündler zu sein.“

Düsseldorf, 1. Okt. In den gestrigen blutigen Vorkämpfen sind gemeldet, daß die Sonderbündler in mehreren Ortsteilen aus Aachen und Münden-Gladbach nach Düsseldorf gekommen waren und bereits vor dem Hauptbahnhof mehrere Zwischenfälle veranlaßt hatten. Wegen 10 Uhr vormittags formierten sie sich

### zu einem großen Zuge,

in dem bewaffnete Stoßtrupps in Stärke von 2000 Mann mitgeführt wurden. In der Königsallee wurden sechs Beamte der Ordnungspolizei von ihnen angehalten und belästigt, den Beamten die Säbel abgenommen und zerbrochen. Am Hindenburg-Wall wurde ein anderer Polizeibeamter von ihnen niedergeschlagen. Als zum Schutze der bedrängten Polizeibeamten eine Polizei eingeleitet wurde, wurde auf diese geschossen.

### Die Schupo erwiderte das Feuer

zunächst in die Luft. Erst nachdem ein Schupo-Beamter gefallen war, ging die Polizei zum Angriff über und räumte in wenigen

Der „rote Sonntag“ wird der Ausdruck der Ablehnung sein. Alle Wirtschaftsbetriebe bleiben geschlossen, alle Theater, alle Kinos schließen ihre Betriebe bis 7 Uhr abends. Jeder Straßenverkehr hat zu ruhen. Keine Straßenbahn, kein Automobil, keine Droschke, kein Fahrrad, nichts, auch kein gar nichts darf das Straßenschild beleben. Nur im Falle der Not ist Nerzen und Geistlichen das Betreten der Straße gestattet. Wer dennoch die Straße betritt, gilt als Sonderbündler, gilt als Verräter an der deutschen Republik.“

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Die Reichsregierung hat alle Verordnungen über den passiven Widerstand formell zurückgezogen.
- \* Der Reichstag beschloß heute die Stimmen der Deutschenationalen, die politische Aussprache erst am Dienstag vorzunehmen, und vertagte sich auf diesen Termin.
- \* Die Franzosen haben eine Reihe neuer Forderungen für die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet gestellt.
- \* Das Finanzministerium plant die Einführung einer neuen Körperschaftsteuer.
- \* Aus Washington wird berichtet, daß der amerikanische Finanzminister Mellon den Entwurf einer Anleihe zum Wiederaufbau Deutschlands billigt.

## Am die Rheingrenze.

Aus dem Rheinland wird uns geschrieben: War schon die Tätigkeit der Separatisten, die bisher stark gespalten, sich jetzt in der Rheinischen Unabhängigkeitspartei halbwegs geeinigt haben, in den letzten Wochen immer stärker geworden, so ist sie jetzt, nachdem der passive Widerstand auch im Rheinland sein Ziel nicht erreicht hat, in ein vielleicht entscheidendes Stadium getreten. Ganz Deutschland weiß ja, in welcher weitgehender Form auf die Herren um Dorten, Smeets und Wasthies von den Franzosen unterjocht werden, alle Welt weiß — denn auch in England ist es ja bekannt geworden — wie bisher die Versammlungen der Rheinlandbündler nur unter dem Schutze der französischen Bajonette abgehalten werden konnten.

Noch man soll sich nicht täuschen; die Lage ist etwas anders geworden. Man täusche sich darüber nicht, daß die letzten Monate erzwungener Arbeitslosigkeit einen gewissen Nährboden für die Verbreitung der separatistischen Ideen geschaffen haben. Jetzt, da die Nahrung abgebaut werden aber ganz aufhört, droht das Gespenst der Wirtschaftskrisis, das im unbesetzten Gebiet umgibt, auch im Rhein-Ruhrgebiet zu erscheinen, eine wirtschaftliche Krise, die von den Franzosen gerade für ihre Zwecke gern benutzt wird.

Wenn die Separatisten arbeiten sehr natürlich ganz besonders mit dem Argument, daß das Rheinland, solange es zu Deutschland gehöre, mit an den gewaltig verstärkten Lasten der deutschen Reparationsverpflichtungen zu tragen haben werde, Lasten, die durch jene wirtschaftliche Krise noch weit schwerer zu tragen sein werden. Und, wie wiederholt es, man soll sich nicht darüber täuschen, daß derartige wirtschaftliche Erdrückungen einen starken separatistischen Eindruck auf manche Teile der Bevölkerung ausüben können, wobei aber zu bemerken ist, daß diese damit in Gegensatz zu der durchaus relativ streuen Mehrheit geraten.

zunächst wird nun Frankreich auf dem unten genannten besonders häuslich einrichten. Man scheint sich in Paris nicht an einer von der Regierung beeinflussten Stelle wieder darauf hinzuweisen, daß Marschall Foch bei den Beratungen über die Versailles Friedensbedingungen der alten französischen Tradition gemäß aus „Sicherheitsgründen“ die Rheingrenze gefordert habe, daß Frankreich von dieser Forderung aber nur deswegen zurückgetreten sei, weil ihm von England und Amerika ein Devisenbündnis gegen einen neuen etwaigen deutschen Angriff versprochen worden sei. Dieses Bündnis sei aber nicht zustande gekommen, und insoweit müsse Frankreich nun für sich und seine „Sicherheit“ selbst sorgen. Dabei begeistert man sich im Grunde gar nicht übermäßig für ein autonomes Rheinland, lehnt selbstverständlich ein Rheinland im Rahmen des Deutschen Reiches überhaupt ab. Auch einem selbständigen Rheinlandstaat ist man nicht sehr gewogen, obwohl man hofft, in einem solchen freie Bahn für die Auswirkung des französischen Einflusses zu haben. Vielmehr scheint Poincaré, wie man hier am Rhein offen erzählt, dem ursprünglichen Plane Fochs zuzuneigen, durch Verewigung der Besetzung der sogenannten Brückenköpfe tatsächlich die französische Grenze an den Rhein zu verlegen. Dann habe man die sogenannte deutsche Waffenindustrie im Schutzbereich der französischen Kanonen und Mine, umhindert durch jeden Widerstand, den französischen Einfluss auf die „französische Kultur geistig naheliegender rheinische Bevölkerung“ ausdehnen.

Die Aufgabe des passiven Widerstandes legt die Verwicklung außerordentlich nahe, daß diese Kapitulation Deutschlands auch zu einer Anerkennung dieser neuen französischen Bedingungen führen könnte. Man vertritt hier trotz aller Verweigerung doch noch dem Wort der Reichsregierung, sie werde niemals die Hand dazu reichen, daß deutsches Land an Frankreich abgetreten werde, daß wir freiwillig unsere Souveränität über deutsches Land und nehmen lassen wollen. Aber wie im ganzen Deutschland, so sind auch hier die Massen müde, sie hungern und werden vielleicht noch mehr hungern unter dem Einfluß der bestehenden Krise. Wenn es die Sonderbündler verstehen, diese Stimmung der Massen nach der Richtung hin zu nützen, daß sie ihnen — mit französischer Unterstützung — eine ertägliche Zukunft versprechen, oder wenn die Franzosen ihre Gewalt Herrschaft in der bisherigen Art, diesmal aber ohne daß uns Rheinländern das unbesetzte Deutschland zu Hilfe kommen darf, zielbewußt und energisch forsführen, dann fürchten wir, daß doch Frankreichs jahrhundertlanges politisches Ziel, die Rheingrenze, erreicht wird.

Es kann für die deutsche Regierung niemals ein Zugeständnis dieser Art geben; die Rheinländer, die sich nicht „auf den Boden der Tatsachen“ stellen wollen, verlangen, daß Deutschland trotz aller Rot durch seine Unterwerfung niemals Unrecht zu Recht machen darf.

## Neue Erklärungen der Reichsregierung.

Berlin, 30. Sept. Das Reichskabinett trat heute nachmittag zu einer Sitzung zusammen, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen. Die Beratungen galt der Vorbereitung der in der nächsten Reichstagsitzung vom Reichsfinanzminister abzugebenden Erklärung. Sie wird sich in erster Linie auf die außenpolitische Haltung der Reichsregierung beziehen. Ferner wird über die durch die Verhängung des Ausnahmezustandes entstandene Lage und der dadurch geschaffenen Verhältnisse im Reich und in den Ländern berichtet werden. Endlich werden die vom Kabinett in Aussicht genommenen Maßnahmen auf wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Gebiete zum Gegenstand der Erklärung der Reichsregierung gemacht werden. Man nimmt in Regierungskreisen an, daß bis zur Reichstagsitzung

die offiziellen Erklärungen Frankreichs und Belgiens über die nach Aufgabe des passiven Widerstandes von diesen Ländern einzunehmende Haltung vorliegen werden. Sollte dies nicht der Fall sein, so wird sich die Regierung über ihre eoff. Stellung zu den kommenden Ereignissen äußern, insbesondere zu dem von einzelnen Stellen der französischen Verwaltung an die deutschen Eisenbahnbeamten und Arbeiter gestellten Ansinnen.

### Poincarés neue Forderungen.

In Paris hiesigen amtlichen Kreisen scheint man mehr als je Wert darauf zu legen, daß sämtliche Widerstandsverordnungen von Stresemann sobald als möglich widerrufen werden, was inzwischen bereits geschehen ist. Nächster Tage soll trotzdem noch durch die allierten Vöschaffter in Berlin ein Schritt von ultimativer Entscheidung unternommen werden, um Stresemann auf die Notwendigkeit der Zurückziehung aller Ordnungen aufmerksam zu machen. Die Pariser Mäler betonen, daß Frankreich die bisherigen deutschen Maßnahmen zur Einstellung des passiven Widerstandes nicht als ausreichend betrachte. Die Zeitungen heben besonders hervor, daß die Verordnung vom 13. Januar über die Einstellung der Reparationslieferungen noch nicht zurückgezogen worden sei.

### Curzons Ratsschlag.

In einer Unterredung zwischen Lord Curzon und dem deutschen Botschafter Sthamer soll der englische Minister geäußert haben, die einzige Hoffnung Deutschlands liege in der aufrichtigen, bedingungslosen und sofortigen Aufgabe des Widerstandes. Finanzielle Sachverständige in London beraten einen neuen Reparationsplan. Seine Grundlage ist die Räumung deutschen Gebietes durch Frankreich bis zu den im Versailles Vertrag festgelegten Grenzen, sobald die von Deutschland zu verbittenden wirtschaftlichen Sicherheiten und Garantien wirksam geworden sind. Diese Garantien sollen durch einen von der Reparationskommission eingesetzten Ausschuss festgelegt werden, in dem auch Amerika vertreten sein müßte.

## Der Abbau des Widerstandes.

Erlasse des Post- und Verkehrsministers.

Amlich wird mitgeteilt: Nachdem die Reichsregierung den Abwehrkampf an Rhein und Ruhr abgebrochen hat, hat der Reichsverkehrsminister durch einen im Reichsverkehrsblatt vom 23. September 1923 veröffentlichten Erlass die seinerzeit ergangenen Anordnungen aufgehoben. Er hat alle Stellen der Reichsbahn angewiesen, die ihrerseits auf Grund dieser Anordnungen ergangenen Verfügungen, soweit sie den Abwehrkampf betreffen, unverzüglich außer Kraft zu setzen.

Ferner veröffentlicht der Reichspostminister zu dem Aufruf der Reichsregierung vom 26. September einen Erlass, wonach auch im Bereiche der Reichspost- und Telegraphenverwaltung den bisher bekämpften Anforderungen der Einbruchsmächte ein weiterer Widerstand nicht mehr entgegengesetzt werden soll und die Beamten, Angestellten und Arbeiter nunmehr von dem passiven Widerstand abzulassen haben. Der Reichspostminister spricht allen Beamten usw., die tren zu ihrer Pflicht standen, den Dank und die Anerkennung der Verwaltung aus und erklärt es für seine vornehmste Pflicht, den aus der Heimat verbannten, von schwerer Kerkhaft oder Unbilden anderer Art betroffenen Beamten usw. seine größte Fürsorge zuzuwenden. Alle Erlasse und Verfügungen, die zur Abwehr des Aufreibruches und der sonstigen Zwangsmaßnahmen der Einbruchsmächte ergangen sind, werden aufgehoben. Die Postanstalten sind ermächtigt, den Post-, Telegraphen- und Fernsprecheber der Besatzungsmächte im abbehalten und im Einbruchgebiet uneingeschränkt zu vermitteln, etwaigen Requisitionen, Zollkontrollen, Zensurvorchriften oder Beförderungsverboten keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen, und dafür zu sorgen, daß der Post-, Tele-





